

Regierung schiebt Klimaförderung auf, FPÖ kritisiert langsame Reformen!

FPÖ kritisiert Regierung wegen verzögerter Reformen der Energie- und Klimaförderungen in Österreich. Evaluation bis Sommer 2025 geplant.



Österreich - Die Diskussion um die Reform der Energie- und Klimaförderungen in Österreich rückt zunehmend in den Fokus der Öffentlichkeit. Laut den neuesten Informationen von **OTS** plant die sogenannte „Verlierer-Ampel“ eine umfangreiche Reform, doch eine rasche Umsetzung ist nicht in Sicht. Ein unabhängiges Institut soll bis zum Sommer die aktuelle Lage evaluieren, bevor die Regierung konkrete Schritte zur Reform der Förderstruktur unternimmt.

FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz kritisiert die Regierung fordernd und bemängelt die langsamen Fortschritte in dieser Angelegenheit. Er hält es für absolut erforderlich, die Gelder des Klima- und Energiefonds zu reduzieren, um der Industrie und

den Landwirten eine realistische Perspektive zu bieten. „Die Förderungen sollen bis zum Sommer geklärt werden“, fügt Schnedlitz hinzu, der auch Bedenken bezüglich der EU-Klimaziele und deren Auswirkungen auf Privateigentum und die Landwirtschaft äußert. Gleichzeitig betont er die Haltung der FPÖ, die Landwirtschaft und den Umweltschutz mit gesundem Menschenverstand zu unterstützen.

Hintergrund der Klimapolitik

Der Rahmen für die österreichische Klimapolitik wird insbesondere durch internationale Verpflichtungen, wie das 2016 in Kraft getretene Übereinkommen von Paris, bestimmt. Dieses Übereinkommen zielt darauf ab, die globale Temperaturerhöhung auf unter 2 Grad Celsius zu beschränken, wobei Anstrengungen unternommen werden, um die Erhöhung auf 1,5 Grad Celsius zu erreichen. Die EU hat sich zudem zum Ziel gesetzt, bis 2050 keine Treibhausgasemissionen mehr freizusetzen, während Österreich bis 2030 eine Reduktion von 48 Prozent seiner Emissionen im Vergleich zu den Werten von 2005 anstrebt, insbesondere in den Sektoren, die nicht unter den EU-Emissionshandel fallen.

Die Notwendigkeit rascher Maßnahmen wird durch den Weltklimarat (IPCC) untermauert, der vor den gravierenden Folgen eines Temperaturanstiegs von mehr als 1,5 Grad Celsius warnt. Die Auswirkungen des Klimawandels sind auch in Österreich spürbar. Seit 1980 hat sich die Temperatur um fast 2 Grad Celsius erhöht, was zu einer Zunahme von Hitzetagen und Änderungen in den Niederschlägen führt.

Strategien zur Anpassung

Österreich verfolgt ein „Zwei-Säulen-Prinzip“ in seiner Klimapolitik. Dies umfasst sowohl den Klimaschutz als auch die Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Die österreichische Strategie zur Anpassung wurde in den Jahren 2012 und 2017 aktualisiert, in dem Bestreben, nachteilige Auswirkungen des

Klimawandels zu vermeiden und gleichzeitig Chancen zu nutzen. Ein zentraler Aspekt dieser Strategie liegt in der Kompensation nicht reduzierbarer Emissionen durch Kohlenstoffspeicherung.

Insgesamt wird der Druck auf die Regierung steigen, ihre Vorhaben bezüglich der Reform der Energie- und Klimaförderungen voranzutreiben. Dies ist nicht nur im Interesse der Industrie und Landwirtschaft wichtig, sondern auch zur Einhaltung der nationalen wie internationalen Klimaziele, insbesondere im Kontext des Green Deals und dem Europäischen Klimagesetz.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.oesterreich.gv.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at